

Die „Anständigen“ bekriegen sich untereinander

CSU-Chef Stoiber sorgt mit dem Vorwurf, die Regierung sei schuld am Erstarren der NPD, für einen Aufschrei

BERLIN Vor einigen Tagen hatte noch alles ganz gut ausgesehen für den gemeinsamen „Aufstand der Anständigen“. Da telefonierte SPD-Chef Franz Müntefering mit seiner in London weilenden CDU-Kollegin Angela Merkel, und von einem Riesenkrach war nichts zu spüren.

Im Gegenteil, die von Kanzler Gerhard Schröder zum 60. Jahrestag des Kriegsendes angeregte Demonstration aller demokratisch gesinnten Parteien am 8. Mai in Berlin gegen die rechtsextremen Kräfte in Deutschland schien für Einigkeit zwischen Regierung und Opposition zu sorgen. Zumindest in diesem Punkt. Den Neonazis wollte man an diesen historischen Tagen um keinen Preis die Bühne der Hauptstadt überlassen.

Seit dem Wochenende ist wieder alles anders. Die Lager gehen aufeinander los, als wollten sie nicht in erster Linie die NPD bekämpfen, sondern sich gegenseitig vernichten. Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber machte den Anfang, indem er den SPD-Kanzler quasi als Geburtshelfer der rechtsextremen Bewegung bezeichnete. „Das ökonomische Versagen der Regierung Schröder, dieses Ausmaß an Arbeitslosigkeit“, so der CSU-Vorsitzende, „bildet den Nährboden für Extremisten“. Das beschäftigungspolitische Versagen von Rot-Grün sei „die Hauptursache für das Wiedererstarren der NPD“.

„Unterste Schublade“

Diese Sätze verfehlten, vor- und nachbereitet vom treuen Generalsekretär Markus Söder, ihre Wirkung nicht – zumindest nicht beim politischen Gegner. Ein großer, entsetzter Aufschrei der Sozialdemokraten ging durch die Republik. Wer so etwas sage, der laufe Gefahr, sich „zum nützlichen Idioten“ der Neonazis zu machen, befand Fraktionsvize Ludwig Stiegler. „Einen der perfidesten Versuche, eine Partei auf Kosten einer anderen nach vorne zu bringen“, machte Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin Heide Simonis aus. „Kleinkariert“, meinte Franz Müntefering – „unterste Schublade“ ergänzte Regierungssprecher Bela Anda.

Die Wissenschaft schlägt sich in dieser Frage zum größten Teil auf die Seite der SPD. Die Formel „Arbeitslosigkeit = rechtsextremes Gedankengut“ halten Experten wie der Soziologe Johann Bacher für zu schlicht. Der inzwischen im österreichischen Linz lehrende Professor hatte für eine Studie an der Universität Nürnberg-Erlangen 3290 Bürger nach genau diesem Zusammenhang befragt. Sein Ergebnis: Ökonomische Not verstärkt allenfalls bereits vorhandene rassistische Einstellungen, löst sie aber nicht aus. Ähnlich sieht es die Berliner Psychologieprofessorin Birgit Rommelspacher, die sich mit

Ausgabe vom
07.02.2005

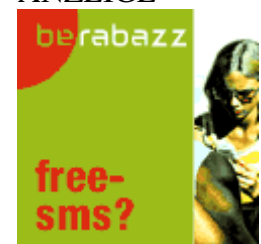
	Wetter aktuell nachmittags 0°C
---	---

PAPER

Die digitale Zeitung:



ANZEIGE



UMFRAGE
Sparen in Nürnbergs
Rathaus durch
weniger Ämter?
[Hier klicken](#)

ANZEIGE



NEUER SERVICE

dem Thema ausführlich befasst hat.

An Überzeugungskraft verloren

Nun aber ist die Stoibersche Beschuldigung erst einmal in der Welt und wird so schnell nicht wieder vergessen sein. Eine gemeinsame Demo aller Bundestagsparteien am 8. Mai, selbst wenn sie zu Stande kommt, hat an Überzeugungskraft verloren. Wo doch jeder im Hinterkopf hat, dass diejenigen, die da Seite an Seite durch Berlin schreiten, zutiefst zerstritten sind – zumindest über die Ursachen des Rechtsextremismus.

Angela Merkel hat zwar bisher auch schon des Öfteren das Versagen Schröders in der Wirtschaftspolitik ins Visier genommen, doch nie so einen deutlichen Vorwurf in Sachen Neonazis daraus gezimmert wie Edmund Stoiber. In CDU-Kreisen wird die neuerliche Zuspitzung gar nicht gerne gesehen, schwächt sie doch automatisch die Front gegen die NPD. Gerade bei der aktuellen Auseinandersetzung, etwa im sächsischen Landtag mit seiner unsäglich auftretenden und von einigen Abgeordneten der großen Parteien heimlich unterstützten NPD-Fraktion, sind die Volksparteien dringend auf eine enge Zusammenarbeit angewiesen.

Auf der zweiten Ebene des Kampfes gegen die Rechtsextremen, dem neuerlichen Verbotverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, sind bisher keine nennenswerten Fortschritte erzielt worden. Nach wie vor halten sich Befürworter und Skeptiker, die ein Scheitern der Klage befürchten, die Waage. Gerade erst hat der Chef des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes die Erfolgsaussichten als gering bezeichnet, wenn man mit Rücksicht auf die Karlsruher Richter auf den umstrittenen Einsatz von V-Leuten verzichten müsse. Bleibt also doch als wichtigstes Instrument gegen die NPD die politische Auseinandersetzung mit ihr. Und die ist seit dem Wochenende nicht einfacher geworden.

HARALD BAUMER
7.2.2005 0:00 MEZ

© NÜRNBERGER NACHRICHTEN



E-Mail an
die
Redaktion



Zur
Druckversion



BILD DES TAGES



Für eine
größere
Ansicht:
Klick

aufs Bild!

... UND SONST

- [Bestattungen](#)
- [Virtuelle Postkarte](#)

RATGEBER



Auto +
Verkehr

[Mini-Autos und
Quads sind wie
Mofas versichert](#)



Reise +
Tourismus

[Ski nach dem
Benutzen gründlich
abtrocknen](#)

DER LESERSHOP
Ihrer Zeitung
präsentiert
zum Start des Jahres

ENTENWÄRME
...EINFACH KUSCHELIG
MIT PAULA PRINT!



[Modelle. Kinder.
Bücher](#)



Steuern und mehr .

..



SZENE-EXTRA
Was geht ab in
Nürnberg und
Franken?
Komplette Infos
zum Nightlife,
Gewinnspiele und die
Date-Line gibts bei
Szene Extra!

[HIER KLICKEN](#)